

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 29. Januar 2024  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **A 21 Anfrage Zemp Gaudenz und Mit. über Noten an der Volksschule / Bildungs- und Kulturdepartement**

Gaudenz Zemp ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Gaudenz Zemp: Beim Lesen der Antwort des Regierungsrates gelangt man zum Schluss, dass es jetzt einen Bildungs- und Kulturdirektor in Hochform braucht. Es braucht einen Departementsvorsteher, der in dieser Sache die Führung übernimmt und Strukturen und Verbindlichkeit in eine ziemlich chaotische Situation bringt. Offenbar wurde der Lehrplan 21 eingeführt, ohne die Prüfungskultur anzupassen. Die Lehrpersonen scheinen damit überfordert zu sein, die Kompetenzen zu prüfen und zu bewerten. Die Diskussion hat sich an den Schulnoten entzündet, es geht aber um viel grundsätzlichere Dinge. Wie wird was geprüft? Wie schafft man ein für alle verbindliches System bezüglich Kompetenzbeurteilung? Was braucht es, um das Kompetenzprofil der Lernenden den Abnehmenden verständlich aufzuzeigen? Im Bildungsbericht lautet das Ziel: «Schulen etablieren ein gemeinsam geteiltes Verständnis einer guten Beurteilungs- und Feedbackkultur.» Dieses Ziel ist richtig formuliert, wird aber offensichtlich von vielen falsch verstanden. Es kann nicht um die Abschaffung der Noten gehen. Man kann nicht beurteilen und bewerten ohne Noten in irgendeiner Form. Das können Sonnen, Blumen oder Regenwürmer sein, aber man kann ebenso gut bei den Ziffern bleiben, die auch verbal definiert sind. Um dieses gemeinsam geteilte Verständnis zu schaffen, wurde eine Arbeitsgruppe aus Schulleitungen der Volksschule, Vertretenden der PH Luzern und Lehrpersonen der Volksschule gebildet. Man fragt sich, wo in dieser Arbeitsgruppe die Abnehmenden sind, also die Berufsschulen und das Kurzzeitgymnasium. Wo sind die parallel geführten Schulen wie das Untergymnasium? Gemäss Antwort zu Frage 2 werden sie als Resonanzgruppe mit einbezogen. Reicht das? Wahrscheinlich nicht. Aus den Antworten ist ebenfalls nicht ersichtlich, wer den Prozess führt und die Vorgaben definiert. Wo sind die roten Linien? Wie ergebnisoffen ist man? Aus den Medien war von den Schulleitungen zu erfahren, dass man die Sache angehe, weil die Schulnoten pädagogisch überholt seien und man sie für die Bildungsmotivation der Lernenden für schädlich halte. In der Antwort zu Frage 5 heisst es: «Bis jetzt gibt es keine Hinweise auf eine Änderung der Praxis mit Zeugnisnoten, weil Noten für die Abnehmer, für Eltern und Lernende verständlich und etabliert sind, [...]» Man fragt sich, ob allen Beteiligten klar ist, welches Ziel mit dem Projekt verfolgt wird. Offensichtlich nicht. Die Frage 11 bezieht sich auf den zeitlichen Ablauf des Projektes. Dazu erhält man ebenfalls keine Antwort, sondern es heisst nur, dass die Arbeitsgruppe im Herbst 2023 gestartet ist. Man erfährt aber nicht, ob eine Zeitachse oder

Deadlines vorgesehen sind. Der Bildungs- und Kulturdirektor hat schon wiederholt erklärt, dass die Bildung wieder von der Politik geführt werden muss. Dem stimmt die FDP-Fraktion zu. Die Bildung darf nicht in den Händen der Theoretiker und der Bildungswissenschaftler der pädagogischen Hochschulen liegen. Die Volksschule darf nicht einfach isoliert Insellösungen anstreben, die nicht ins gesamte Bildungssystem eingebunden sind. Es geht hier um eine sehr herausfordernde, aber auch sehr spannende und vor allem wichtige Aufgabe. Der Bildungs- und Kulturdirektor sowie die Leitung der Dienststelle Volksschulbildung (DVS) sind gefordert, die Führung zu übernehmen und den nötigen Prozess straff zu führen. Sollten nicht innert nützlicher Frist klare und detaillierte Informationen zur eingesetzten Arbeitsgruppe und zu den Details zum Projektauftrag vorliegen, überlegen wir uns, erneut einen Vorstoss zu diesem Thema einzureichen.

Stephan Dahinden: Alle sind sich einig, dass es an den Schulen eine Beurteilung der Kinder braucht. Wir vertreten die Ansicht, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler weiterhin mit Noten und schriftlichen Beurteilungen ihres Verhaltens bewertet werden sollen. Die Abnehmer, also die Lehrbetriebe und weiterführenden Schulen, oder die Eltern benötigen eine aussagekräftige und vergleichbare Beurteilung über den Wissensstand der Kinder. Noten werden für die Vorbereitung auf die spätere Berufswelt und die Anforderungen unserer leistungsorientierten Gesellschaft als wesentlich erachtet. Es ist mir ein Anliegen zu erwähnen, dass bei der Überprüfung von Berufsbeurteilungskonzepten ebenfalls die Ressourcen der Lehrpersonen zu berücksichtigen sind. Die SVP-Fraktion setzt sich für eine einheitliche kantonale Lösung zur Leistungsbeurteilung an allen Schulen ein.

Rahel Estermann: Die Diskussion über die Schulnoten beschäftigt die Luzerner Öffentlichkeit seit letztem Sommer stark und führte zu grosser Aufregung. Die heutige Debatte ging mit der gleichen Aufregung los, obwohl sich eigentlich wenig geändert hat. Das Thema ist emotional, denn es geht um unseren Nachwuchs. Wir alle haben selbst eine positive oder weniger positive Beziehung zu den Schulnoten. Ich danke der Regierung für die unaufgeregten Antworten zu diesen Fragen. Aus den Antworten gehen weder Chaos noch Alarmstimmung hervor, wie von Gaudenz Zemp in seinem Votum verbreitet. Für die Grüne Fraktion ist es kein Problem, wenn die Verwaltung und die Schulen gemeinsam überlegen, wie das Beurteilungssystem weiterentwickelt werden kann. Im Gegenteil, das zeugt davon, dass sich die Institutionen Gedanken darüber machen, wie sie sich weiterentwickeln und in die Zukunft gehen wollen. Das ist der Grundsatz von Innovation und ermöglicht es den Institutionen, auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Die Welt bleibt nicht stehen, die Schulen sollen das auch nicht. Wir unterstützen deshalb, dass das BKD zusammen mit den Stakeholdern eine Auslotung vornimmt und die Schulen die Freiheit haben, sich Gedanken zu machen ohne eine Top-down-Ansage. Der Prozess ist offen, das ist kein Problem. Man soll sich überlegen, was pädagogisch gesehen wirklich gut ist. Letzte Woche fand die grosse Konferenz statt, die laut Medien ein gelungener Anlass war. Das finden wir gut. Wenn wir uns über die Zweckmässigkeit von Beurteilungsformen Gedanken machen, wieso denken wir dabei nicht auch an den Arbeitsplatz, wo die Weiterentwicklung und die Förderung von Menschen auch wichtig sind? Die meisten von Ihnen kennen die Situation als Arbeitnehmende oder als Arbeitgebende. Man versucht, andere Menschen weiterzubringen oder möchte selbst gerne weitergebracht werden. Am Arbeitsplatz geschieht das in der Regel nicht mit Noten, sondern mit Gesprächen, einem detaillierten Feedback und Wertschätzung. Dies geschieht auch nicht nur einmal pro Jahr, sondern immer wieder. Diese Evaluationsformen machen die Menschen besser und gescheiter. Diesbezüglich ist man in der Wirtschaft weiter als bei Schulnoten. Wir unterstützen deshalb explizit, dass unser Schulsystem in Richtung einer differenzierten und motivierenden Beurteilungsform

weiterentwickelt wird.

Angelina Spörri: Der Wechsel zum kompetenzorientierten Lehrplan 21 macht es nötig, das Beurteilungssystem genauer unter die Lupe zu nehmen und an die neuen Kriterien anzupassen. Schon heute haben diverse Schulen umgestellt, und die Noten finden sich nur noch in den gesetzlich geforderten Zeugnissen. Noten, so wie wir sie heute noch mehrheitlich kennen, sind ein Instrument zur Selektion und ein wichtiges Mittel zur Kommunikation gegenüber den Lernenden, den Eltern, den abnehmenden Schulen und den Lehrbetrieben. Genau hier besteht auch der Unterschied zu den in der Erwachsenenwelt üblichen mündlichen Qualifikationsgesprächen. Es braucht ein Instrument, das alle Kinder über die gesamte Schulzeit motivierend beurteilt und fördert. Wir brauchen aber auch ein Instrument, das eine Selektion ermöglicht und das abnehmende Schulen und Lehrbetriebe verstehen. Die GLP-Fraktion begrüsst das Vorgehen der DVS, mit einer breit aufgestellten Arbeitsgruppe wissenschaftliche Erkenntnisse, Fachwissen und Wissen aus dem Praxisalltag in ein allfällig neues Beurteilungssystem einfließen zu lassen und dabei auch die Bedürfnisse von Abnehmenden aus Wirtschaft, Gewerbe und den abnehmenden Schulen wie Gymnasien oder Berufsschulen mit einzubeziehen. Wir sind überzeugt, dass, wenn das Thema unter Einbezug aller Beteiligten angegangen wird und alle ins Boot geholt werden, sich ein neues Beurteilungsmodell finden lässt, das sich dem gesellschaftlichen Wandel anpasst und von dem sich möglichst alle Beteiligten angesprochen fühlen. Wir sind aber klar der Meinung, dass es langfristig ein Beurteilungsmodell braucht, das von allen Schulen im Kanton gleich gehandhabt wird, dies zum Wohl von uns allen und vor allem zum Wohl unserer Kinder und Jugendlichen.

Karin Andrea Stadelmann: An der Zukunftskonferenz, aber auch medial habe ich einen neuen Regierungsrat in Hochform erlebt, bei dem man gespürt hat, dass der Prozess nun aufgegleist wurde. Niemand von der Mitte-Fraktion möchte in Zukunft Regenwürmer, Sonnen oder Wölfe verteilen, sondern auch wir möchten einen objektiven Kriterienraster beibehalten. Mit der Annahme der Botschaft B 127 hat unser Rat aber die Grundlage dazu gelegt, die Beurteilungskonzepte an Schulen zu beurteilen. Genau dieser Prozess wurde in Auftrag gegeben. An der Konferenz vom letzten Samstag haben Vertretende aus Wirtschaft und Schulen teilgenommen, und verschiedene Stakeholder sind zusammengekommen. Man war sich darüber einig, dass unsere Schülerinnen und Schüler in Zukunft eine Bewertung und ein Feedback erhalten, damit sie auch im Arbeitsleben bestehen können. Dazu sind eine Bewertung und eine Beurteilung notwendig, die sich an den Kompetenzen orientieren, die messbar und objektiv sind, die aber auch einen Lösungsweg oder ein Vorgehen beinhalten, wie man eine Aufgabe löst. Mit dem Lehrplan 21 wollen wir die fachlichen, aber auch die überfachlichen Kompetenzen bewerten können. Genau hier scheint es eine Diskrepanz zu geben: Die überfachlichen Kompetenzen lassen sich offensichtlich nicht mit allen Noten abbilden. Es braucht also eine Kombination. Die Antworten der Regierung zeigen auf, dass die Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Mitte-Fraktion ist gespannt auf die weiteren Ausführungen der Zukunftskonferenz. Wir hoffen, dass wir die Ergebnisse und die entsprechenden Protokolle bald erhalten, damit auch unser Rat auf dem neusten Stand ist. Uns ist es wichtig, dass dieser Prozess zukünftig so gestaltet wird, dass unser Schulen gute Bewertungen einführen können und es nicht um die Abschaffung der Zeugnisnoten geht. Wenn, dann geht es um die Abschaffung von Zwischen- oder Semesternoten. Wir wollen also keine Abschaffung der Zeugnisnoten, sondern es soll weiterhin eine Selektion geben, und fachliche und überfachliche Kompetenzen sollen bewertet werden, damit die zukünftigen Lernenden auch im Arbeitsleben bestehen können. In Zukunft soll aber auch auf Grundlagen wie etwa dem sogenannten GBF – ganzheitliches Beurteilen und Fördern – aufgebaut werden.

Wir haben übrigens schon vor 20 Jahren über solche Beurteilungsraster diskutiert und können deshalb darauf aufbauen.

Urban Sager: Die SP-Fraktion dankt dem BKD für die unaufgeregte Beantwortung dieser Anfrage und somit zu einem Thema, das aus unserer Sicht diesen Sommer völlig unnötig aufgebauscht wurde. Wir stehen vor der grossen Herausforderung, dass mit dem Lehrplan 21 der kompetenzorientierte Unterricht eingeführt wurde. Dieser kompetenzorientierte Unterricht verlangt bei der Beurteilung ganz andere Instrumente und birgt bei der Bewertung gewisse Herausforderungen. Niemand hat je erklärt, dass die Zeugnisnoten abgeschafft werden sollen. Die Zeugnisnoten sind gesetzlich vorgesehen. Es geht vielmehr darum, dass wir im 21. Jahrhundert und entsprechend bei einem kompetenzorientierten Unterricht angekommen sind. Deshalb wollen wir unseren Lernenden ein förderorientiertes und differenziertes Feedback geben können. Das ist mit Noten nur sehr beschränkt möglich. Die Note ist ein Code, der am Schluss einer Lernleistung das Wissen in einer sehr verkürzten Form mit einer Ziffer abbildet. Das kann helfen, wenn es um die Vergleichbarkeit geht. Ausserhalb des Klassenverbands bilden aber die Noten relativ wenig Informationen ab. Darüber gibt es viel und genügend Evidenz. In diesem Zusammenhang zeigt sich aber auch die Haltung der Unternehmen, wenn sie ihre Lehrstellen besetzen. Sie verlassen sich bei Weitem nicht nur auf die Noten, sondern auch auf Stellwerktests, Multichecks, Schnupperlehren und persönliche Gespräche. Bei den Noten besteht also ein Defizit, über das diskutiert wird. Das von der Regierung gewählte Format der Zukunftskonferenz, an der ich selbst teilnehmen durfte, ist sehr gut, und es sind breite Diskussionen möglich. Gaudenz Zemp war ebenfalls anwesend. Ziel muss es sein, dass alle gemeinsam an einem Strick ziehen. Die Wirtschaft und die abnehmenden Schulen waren ebenfalls vertreten. Umso mehr enttäuscht mich das Votum von Gaudenz Zemp: Niemand versteht etwas davon, was getan wird, ausser er selbst. Weder das BKD, die Gemeinden, noch die Schulen und schon gar nicht die Fachpersonen der pädagogischen Hochschulen haben eine Ahnung, es besteht ein grosses Durcheinander, und nun muss jemand aufräumen, am besten der neue Regierungsrat. Der alte Regierungsrat hat scheinbar auch alles komplett falsch gemacht. Wir sehen das aber nicht so, sondern wir loben das aktuelle Vorgehen explizit. Es geht um eine schwierige Frage. Ich danke allen anderen Votierenden, die versuchen, konstruktiv im 21. Jahrhundert anzukommen und Bewertungen mit einem differenzierten Feedback zu finden und so das Lehren und Lernen zu fördern.

Gaudenz Zemp: Wir haben offensichtlich die gleiche Konferenz besucht, diese aber sehr unterschiedlich erlebt. Auf unserer Seite war von etwa der Hälfte der Anwesenden klar zu hören, die Schulnoten grundsätzlich abschaffen zu wollen. Es besteht also Klärungsbedarf, darauf haben wir hingewiesen. Es ist auch zu klären, wie breit diese Gruppe zusammengesetzt wird, um das Ziel erreichen zu können. Über das Ziel sind wir uns aber ziemlich einig.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die Frage, wie wir beurteilen wollen, ist uralte. Seit über 100 Jahren wird darüber diskutiert, ob Noten wirklich ein gutes Instrument sind, um Leistungen und Potenziale zu beurteilen. Diese Diskussion hat neue Fahrt aufgenommen, unter anderem auch, weil sich mit der Stadt Luzern der grösste Player dazu entschieden hat, in Zukunft während des Semesters auf eine Notengebung zu verzichten. Das Thema ist emotional und kontrovers, was auch die Zukunftskonferenz ganz klar gezeigt hat. Unbestritten ist – und das muss auch die Wirtschaft zugegeben –, dass das heutige Beurteilungssystem Schwächen hat. Dies wird von der Wirtschaft immer wieder artikuliert, aber auch von den abnehmenden Schulen. Die Selektion ist nicht perfekt. Deshalb wurde im Planungsbericht über die weitere Entwicklung der Volksschule, der Gymnasien und der Berufsschulen im Kanton Luzern klar

festgehalten, dass wir dieses Beurteilungssystem überprüfen wollen. Diese Überprüfung soll ergebnisoffen und ohne zu enge Vorgaben erfolgen. Das bedeutet insbesondere, dass es weder eine offene noch eine versteckte Agenda zur Abschaffung der Noten gibt. Wie von Rahel Estermann erklärt, wollen wir ein zielgerichtetes und motivierendes Beurteilungssystem. Ich danke zudem für die positive Würdigung der Zukunftskonferenz. Die Zukunftskonferenz wurde mehrmals erwähnt. An diesem Format haben sich Bildungsfachleute, Verbände, Politik und Erziehungsberechtigte zu diesem Thema getroffen und ausgetauscht. Die Diskussion war gut, und man begegnete sich auf Augenhöhe. Das gegenseitige Verständnis konnte gestärkt werden. Die Positionen – das wage ich zu behaupten – haben sich zudem einander angenähert. Aus der Zukunftskonferenz gingen drei zentrale Ergebnisse hervor: Erstens der Wunsch nach Fokussierung auf die Kompetenzen der Lernenden, beispielsweise anhand eines Rasters: Wie Gaudenz Zemp die Ausgangslage richtig dargelegt hat, geht es beim Lehrplan 21 um eine kompetenzbasierte Beurteilung. Diese haben wir bis anhin nicht, sondern wir beurteilen noch nach dem alten System. Wir müssen prüfen, ob das alte System noch das richtige ist. Zweitens der intensivere Austausch mit den Akteuren an den Nahtstellen zur Volksschule: Bei den Nahtstellen muss besser analysiert werden, ob der Wechsel korrekt stattfindet. Drittens die Verhinderung von Wildwuchs und eine engere Begleitung bei alternativen Beurteilungsformen: Das habe ich heute mehrmals gehört, auch von Angelina Spörri. Die Systeme müssen sich einander annähern, wir müssen diesen Wildwuchs verhindern. Insgesamt sehe ich deshalb eine klare Mehrheit, die hinter der Vorgehensweise des BKD und der Regierung steht. Die Frage, die noch zu beantworten ist: Wer führt? Die Politik führt, mit dem Planungsbericht haben Sie den Rahmen abgesteckt. Aber innerhalb dieses Rahmens ist es die Aufgabe von Bildungsfachpersonen, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und Vorschläge zu bringen, die wir miteinander politisch bewerten. So ist der Prozess angelegt, und so soll es funktionieren. Wir werden regelmässig über das Projekt informieren. Auch uns ist es ein Anliegen, dass es keine Insellösungen gibt, sondern Lösungen, die ins Bildungssystem eingebettet sind. Den Wunsch bezüglich Terminplan nehme ich gerne so mit. Das von Karin Andrea Stadelmann angesprochene Protokoll haben wir übrigens heute um 17.01 Uhr verschickt.